

Brief aus Straßburg

Aktuelle Informationen von Rainer Wieland MdEP



Nr. 105 · 9. Jahrgang · Ausgabe Plenarwoche Juni 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dank der Neubaustrecke und den Abkommen zwischen den beiden Bahngesellschaften SNCF und Deutsche Bahn AG verkürzt sich die Strecke zwischen Stuttgart und Paris von sechs auf 3:40 Stunden. Der ICE und TGV erreichen auf der Strecke von Paris nach Stuttgart ein Spitzentempo von 320 km/h. Ich konnte dabei sein, als Bahnchef Hartmut Mehdorn und Ministerpräsident Günther H. Oettinger am 10. Juni den TGV in Stuttgart begrüßten. So ist Europa weiter zusammengewachsen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals nachdrücklich für die Realisierung der Magistrale Paris - Bratislava sowie die Anbindung der Landeshauptstadt mittels "Stuttgart 21" werben:

Europa kommt sich näher - Zug um Zug!

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre

Ausdrückt Sie Rainer Wieland

► Europäischer Rat in Brüssel

Seit Donnerstag trifft sich der Europäische Rat, also die Staats- und Regierungschefs, zu Ihrem letzten Treffen innerhalb der Deutschen Ratspräsidentschaft in Brüssel. Vorrangiges Thema wird die Rettung bzw. die Änderung des Verfassungsvertrages sein. Insbesondere die polnische Regierung will die "Quadratwurzellösung" im Rat durchsetzen. Dabei geht es um die Stimmengewichtung der Mitgliedstaaten im Rat: Bislang sollte die "Doppelte Mehrheit" neben der Größe eines Landes auch die Bevölkerungszahl berücksichtigen.

Es wird entscheidend darauf ankommen, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel die Diskussionen der 27 Staats- und Regierungschefs moderieren und leiten wird. Ihre Fähigkeiten hat sie bereits in den vergangenen Monaten bewiesen.

► Entwicklung einer europäischen Breitbandpolitik

Der Ausbau von Breitbandnetzen, die eine zuverlässige Datenübertragung auf einer wettbewerbsfähigen Bandbreite bieten, ist für das Wachstum von Unternehmen, die gesellschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der öffentlichen Dienste von wesentlicher Bedeutung, so das Europäische Parlament. Ein Binnenmarkt mit nahezu 500 Millionen Breitbandnutzern werde Europa in die Lage versetzen, sich zu einer führenden wissensbasierten Gesellschaft zu entwickeln.



Das Parlament unterstreicht das enorme Potential von Breitbandnetzen. Ein umfassender Ausbau der Breitbandverbindungen werde den Binnenmarkt generell beleben, da sich für alle Regionen neue Möglichkeiten eröffnen und gleichzeitig die Nutzer Zugang zu wertvollen Dienstleistungen erhalten würden. Was die Vernetzung Europas betrifft, sei es von zentraler Bedeutung, die Versorgung des ländlichen Raums zu gewährleisten und Breitbandanschlüsse in jeder Schule, Universität und Bildungseinrichtung einzurichten - "kein europäisches Kind und kein Teilnehmer an Bildungsprogrammen in Europa" dürfe ohne Anschluss bleiben.

► EP verabschiedet neue EU- Spirituosenverordnung

In Erster Lesung hat das Europäische Parlament am Dienstag die neue EU-Spirituosenverordnung verabschiedet. Mit ihr wird das geltende EU-Recht bezüglich Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung, Etikettierung und Schutz bestimmter Spirituosen aktualisiert, an die neuen technischen Entwicklungen sowie an die Regelungen im Rahmen der WTO angepasst. Insbesondere die Begriffsbestimmung von Wodka und dessen traditionelles Herstellungsverfahren war Gegenstand langer und kontroverser Diskussionen.

CDU-Europabüro Region Stuttgart
Dornierstraße 17
D-70469 Stuttgart
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80
Fax.: (49) 711/80 60 74 8 94

Europäisches Parlament
LOW T 10 033
Allée du Printemps
F-67070 Straßburg
Tel: (33) 388 17 5545

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
Zimmer 116
D-11011 Berlin
Tel.: (49) 30 227 71 771

Europäisches Parlament
ASP 10 E 242, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: (32) 2 284 5545
Fax.: (32) 2 284 9545

email: rainer.wieland@europarl.europa.eu

internet: www.mdep.de

► **Gunther Krichbaum MdB Vorsitzender des Europaausschusses im Bundestag**



Am 13. Juni wurde mein Kollege Gunther Krichbaum MdB zum neuen Vorsitzenden des Europaausschusses des Deutschen Bundestages gewählt. Er folgt damit dem ehemaligen Ludwigsburger Abgeordneten Matthias Wissmann, der als Präsident zum VDA gegangen ist.

► **Für eine gemeinsame EU-Asylpolitik**

Das Europäische Parlament plädiert für eine proaktive gemeinsame EU-Asylpolitik. Deren Grundlagen seien die Verpflichtung, Asylsuchende zuzulassen sowie die Beachtung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung. Wichtige Bestandteile einer gemeinsamen Asylpolitik seien zudem eine gerechtere Verteilung der Lasten zwischen den Mitgliedstaaten, eine gemeinsame Datenbank über Herkunftsländer sowie Informationskampagnen in den Herkunfts- und Transitländern.

► **Mindeststandards für Zusatzrentenansprüche**

Angesichts des demographischen Wandels und der Angst vor einer nur geringen staatlichen Rente gewinnt die zusätzliche Altersversorgung immer stärker an Bedeutung. Das EP hat am Mittwoch in Erster Lesung zur Richtlinie zur Übertragbarkeit von Zusatzrenten Stellung genommen. Ziel der Richtlinie müsse es sein, EU-weit Mindestanforderungen für den Erwerb und Erhalt von Betriebsrentenansprüchen festzulegen, um so die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu verbessern.

Die neue Richtlinie soll nach dem Willen des EP für alle Systeme gelten, die Zusatzrentenleistungen für Arbeitnehmer anbieten, z.B. Gruppenversicherungsverträge, branchenweit oder sektoral vereinbarte Systeme, die nach dem Umlageverfahren finanziert werden, kapitalisierte Systeme oder Rentenversprechen auf der Grundlage von Pensionsrückstellungen der Unternehmen.

► **„Equitable Life“: EP fordert bessere Aufsicht für Versicherungen**

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am Dienstag den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zu den Vorwürfen gegen den britischen Versicherungskonzern Equitable Life bestätigt. Equitable Life hatte bis zum Jahr 2000 überhöhte Renditen versprochen, die der in finanzielle Schwierigkeiten geratene Konzern nicht auszahlen konnte. In Deutschland sind rund 4.000 Kunden betroffen. Der

Untersuchungsbericht fordert die EU-Kommission unter anderem auf, die Zuständigkeit der nationalen Aufsichtsbehörden zu klären.

► **Austausch von Informationen aus dem Strafregister**

Das EP hat am Donnerstag zu dem Rahmenbeschluss über die "Durchführung und den Inhalt des Austauschs von Informationen aus dem Strafregister zwischen den Mitgliedstaaten" Stellung genommen. Ziel des Vorschlags ist es, die gegenseitige Kommunikation zu verbessern und zwischen den Mitgliedstaaten eine korrekte, umfassende und vollständige Beantwortung der Anträge auf Informationen über strafrechtliche Verurteilungen zu erreichen.

Derzeit gibt es in der EU keine gemeinsamen Kriterien für die Erfassung ausländischer Verurteilungen (da es sich hierbei um eine ausschließlich nationale Zuständigkeit handelt). Einige Staaten nehmen im Ausland ergangene Verurteilungen ihrer Staatsangehörigen nicht in ihre eigenen Strafregister auf. Darüber hinaus legen die Staaten, von denen diese Daten erfasst werden, der Erfassung der Informationen unterschiedliche Kriterien zugrunde. Welche Informationen über strafrechtliche Verurteilungen erfasst werden, unterscheidet sich von Staat zu Staat.

► **GALILEO vollständig aus EU-Haushalt finanzieren**

Das Europäische Parlament hat sich am Mittwoch dafür ausgesprochen, das europäische Satellitennavigationssystem GALILEO unter der Verantwortung der Europäischen Union fortzuführen und vollständig aus dem EU-Haushalt zu finanzieren.



Nach dem Scheitern der öffentlich-privaten Partnerschaft für Galileo existiert eine Finanzierungslücke, die sich nach Aussagen von EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot bis 2013 auf 2,4 Milliarden Euro beläuft. Galileo habe einen "riesigen europäischen Mehrwert", so das EP. Es bekundet in der angenommenen Entschließung sein "nachdrückliches Engagement" für Galileo, das unter der Verantwortung der EU fortgeführt und vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert werden solle.

Das EP kündigen an, dass sie sich jedweder Lösung widersetzen werden, die die Gemein-

schaftsfinanzierung mit einer von Seiten der Regierungen beschlossenen zusätzlichen Finanzierung kombinieren würde. Die EU-Kommission müsse einen Finanzierungsvorschlag für Galileo vorlegen, der dann von Ministerrat und Parlament verabschiedet werden müsse.

▶ **Ja zur Einführung des Euro in Zypern und Malta zum 1. Januar 2008**

Das Europäische Parlament hat der Einführung des Euro durch Zypern und Malta am 1. Januar 2008 zugestimmt. Zugleich fordert es die Mitgliedstaaten auf, der Kommission die Möglichkeit zu geben, die Erfüllung der Kriterien von Maastricht "auf der Grundlage präziser, aktueller, zuverlässiger und qualitativ hochwertiger



Daten" zu überprüfen. Derzeit lasse die Qualität der der Kommission vorliegenden Daten noch zu wünschen übrig.

Im Hinblick auf künftige Erweiterungen der Euro-Zone fordert das Parlament Kommission und Rat auf, "frühzeitig den Dialog" mit dem EP aufzunehmen, damit für dessen Anhörung eine Zeit von mindestens zwei Monaten zur Verfügung steht. Auf diese Weise werde das Recht des Parlaments garantiert, sowohl die von der Kommission als auch die von der Europäischen Zentralbank unterbreiteten Vorschläge gebührend zu prüfen.

Im Hinblick auf künftige Erweiterungen der Euro-Zone fordert das Parlament Kommission und Rat auf, "frühzeitig den Dialog" mit dem EP aufzunehmen, damit für dessen Anhörung eine Zeit von mindestens zwei Monaten zur Verfügung steht. Auf diese Weise werde das Recht des Parlaments garantiert, sowohl die von der Kommission als auch die von der Europäischen Zentralbank unterbreiteten Vorschläge gebührend zu prüfen.

▶ **Novellierung der Rechtsmittelrichtlinien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

In Erster Lesung hat das Europäische Parlament die Richtlinie zur "Verbesserung der Wirksamkeit der Nachprüfungsverfahren im Bereich des öffentlichen Auftragswesens" verabschiedet. Im Vorfeld konnten sich Rat und Parlament auf einen Kompromiss verständigen.

Die beiden derzeit geltenden Rechtsmittelrichtlinien koordinieren die Vorschriften der Mitgliedstaaten über die Nachprüfungsverfahren bei Verstößen gegen die Vergaberichtlinien. Sie unterscheiden zwischen den Nachprüfungsverfahren, die vor Vertragsschluss erfolgen und in erster Linie dazu dienen, Verstöße gegen das gemeinschaftliche Vergaberecht zu beseitigen, solange das noch möglich ist, und Nachprüfungsverfahren *nach* Vertragsschluss, die sich in der Regel auf die Zuerkennung von Schadensersatz beschränken.

▶ **Rahmenbeschluss gegen Rassismus weiter vorantreiben**

Um wirksam gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Mitgliedstaaten vorgehen zu können, muss auf europäischer Ebene ein Mindestmaß an Harmonisierung erreicht werden, so das Europäische Parlament in einem Bericht zum Stand der Verhandlungen über diese Rahmenentscheidung im Rat der Justizminister, die im April nach sechs Jahren endlich zu einer Einigung geführt haben.

Das Parlament geht davon aus, dass es erneut konsultiert wird, sobald der neue Text zum Rahmenbeschluss formuliert ist, will aber mit seinem jetzigen Beschluss eine starke politische Botschaft senden und den Rahmenbeschluss weiter vorantreiben.

▶ **Erklärung des Präsidenten zu Lage in den palästinensischen Gebieten**

Am Dienstag hat Präsident Pöttering eine Erklärung zur Situation in den palästinensischen Gebieten abgegeben. Er rief die Palästinenser dazu auf, erneut den Weg des Dialogs einzuschlagen, um zu einer notwendigen Versöhnung im Hinblick auf einen künftigen palästinensischen Staat zu gelangen, der die Gesamtheit der palästinensischen Territorien umfasst. Zugleich empfahl er dem EP "aus tiefer Überzeugung unsere Unterstützung für Präsident Abbas und unsere Solidarität mit ihm zum Ausdruck zu bringen".

▶ **Bekämpfung von Jugendkriminalität erfordert Engagement aller Beteiligten**

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag einen Bericht zur Rolle von Frauen, Familien und der Gesellschaft beim Auftreten von Straffälligkeit bei Jugendlichen angenommen. Die Abgeordneten thematisieren aktuelle Probleme wie Gewalt an Schulen, ermuntern die Medien zu größerem Engagement und fordern die Ausarbeitung eines europäischen Rahmenprogramms.

▶ **Interessanter Link**

Willi Stächele MdL, Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten, lädt alle Bürger ein, an einem Europa-Gewinnspiel teilzunehmen. Dem Gewinner winkt eine viertägige Reise nach Brüssel. Klicken Sie auf die Überschrift....

▶ **Europa-Union in Brüssel**

Am 14. Juni 2007 wurde der Brüsseler Verband der Europa-Union gegründet. Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder Dr. Michael Köhler, stellvertretender Kabinettschef von Joe Borg. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).